

Internationalismus durch das höchste Gremium der Gewerkschaften anerkannt. Der Kongreß hatte damit eine hervorragende Bedeutung für die Entwicklung der Gewerkschaften als Schulen der Demokratie und des Sozialismus.

Durch ihre Friedenspolitik festigte die DDR bei den Nachbarvölkern das Vertrauen zu dem neuen, demokratischen Deutschland und errang immer größeres Ansehen bei allen friedliebenden Völkern der Welt. Die Herstellung enger freundschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion und den volkdemokratischen Staaten und die Aufnahme in den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe im September 1950 verliehen der DDR einen sicheren internationalen Rückhalt. Getreu dem Vermächtnis Karl Marx⁵ und Friedrich Engels⁵, arbeitete die SED die Prinzipien einer demokratischen und sozialistischen Außenpolitik aus, die den Interessen der ganzen deutschen Nation dient. Durch entsprechende Verträge wurde der Grundstein für ein festes Bündnis mit dem polnischen Nachbarvolk (Abkommen über die Markierung der Oder-Neiße-Grenze vom Juli 1950) und dem tschechoslowakischen Nachbarvolk (Gemeinsame Deklaration vom Juni 1950) gelegt. Der Festigung der Beziehungen mit dem französischen Volk dienten das Abkommen zwischen dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund und der Confédération Général du Travail (CGT) über die Zusammenarbeit zur Sicherung des Friedens vom Juni 1950 und die Erklärung des Präsidenten des ersten deutschen Arbeiter- und-Bauern-Staates, Wilhelm Pieck, vom November 1952, daß die DDR nie dulden wird, daß von deutscher Seite jemals wieder ein Krieg gegen das französische Volk geführt wird.

Nach der Gründung der DDR unternahmen die SED, die Regierung der DDR und die Nationale Front des demokratischen **Deutschland** große Anstrengungen, um die Vertiefung der Spaltung Deutschlands zu verhindern und den Weg zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten zu ebnen. Sie unterbreiteten zahlreiche Vorschläge zu Verhandlungen über die Annäherung der DDR und der Bundesrepublik, über die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen, die Bildung gesamtdeutscher Organe, die Durchführung einer Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages. Von großer Bedeutung für die richtige Orientierung des Kampfes aller patriotischen Kräfte um die Lösung der nationalen Lebensfragen war die Analyse über das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus in Westdeutschland, die Walter Ulbricht auf der 6. Tagung des ZK der SED im Juni 1951 gab. Angesichts der Wiedererrichtung des Imperialismus in der Bundesrepublik und der sich abzeichnenden Remilitarisierung